Warum wird die Mietbewegung ausgeblendet?

Wie bitte (I)? Laut dem Report ist keine öffentliche Verdrängungs-Debatte zu erkennen? Unverständlich. Man erinnere sich nur schon an die Mietwohnschutzinitiative des MV Basel (Abstimmung 2008) oder an wiederholte Vorstösse einzelner Ratsmitglieder im Grossen Rat (darunter die drei Vorstandsmitglieder des Mieterinnen- und Mieterverbands [MV Basel] Patrizia Bernasconi, Dr. Jürg Meyer, Heidi Mück).

Wie bitte (II)? Der Report erkennt auch keine sich öffentlich äussernden Gruppen? Unverständlich. Der MV Basel wird seit Jahren nicht müde, öffentlich und in den Medien auf die verhängnisvolle Verknüpfung von Aufwertung und Vertreibung hinzuweisen. Er ist dabei mit seinen 10'000 Mitgliedern womöglich die grösste, aber sicher nicht die einzige Gruppe, die solches tut: Man denke nur an den Schwarzen Peter, an Hilfswerke, Gewerkschaften, oder an die Broschüre „Basler Wohn-Plattform ‚Wohnen für alle'", an die Anlässe in der Elisabethenkirche („Armutskonferenz"), oder an Anlässe betroffener Kleininitiativen im St.Johann.

Wie bitte (III)? Und, nanu, keine konkreten Belege? Seit Jahren belegt der MV solche Verdrängung in vielen, vielen Rechtsverfahren, die seinen Mitgliedern von Immobilienunternehmen und Spekulanten aufgezwungen werden, darunter mittlerweilen über fünfzig durchs Band weg erfolgreichen Gruppenfällen ("Sammelklagen"- d.h. die "Aufwerter" werden ins Unrecht versetzt). Hierzu gibt es dicke Dossiers, die wir den Medienleuten jeweils gern zur Kenntnis bringen. Und auch Kleininitiativen haben Dossiers, die zur Kenntnis genommen werden können.

Verdrängung, dreifache. Die Verdrängung ist eine dreifache, sie trifft den auf bezahlbare Mieten angewiesenen Mittelstand sowie die auf preisgünstigen Mietwohnraum angewiesenen "Schwächeren" und erst noch den gehobenen Mittelstand. Sie alle werden vom Mieterinnen- und Mieterverband (MV Basel) seit Jahren vertreten. Der MV setzt sich energisch öffentlich gegen solche Umschichtung des Stadtkantons ein. Und er vertritt hinter den Kulissen, aber ebenfalls in öffentlichen Verhandlungen, in einer Vielzahl juristischer Verfahren die Schwächeren gegen die starken Immobilienunternehmen und gegen die Spekulanten.

Aussagen, unrichtige. Politisch hat der MV Basel mehrfach die Unrichtigkeit der Aussage nachgewiesen, wonach die "teuren Neuwohnungen von heute die günstigeren von morgen" seien; diesen Effekt gibt es nicht. Ebenso falsch ist es, die Wohnungsnot in Basel unter Hinweis auf Zürich und Genf kleinzureden; Tatsache ist, dass mit 0,9 Prozent Leerwohnungsstand laut Ökonomen „Wohnungsknappheit" erreicht ist und laut Bundesgericht "Wohnungsnot" besteht.

Vielleicht wäre es angebracht, vermehrt mit der (von Links bis Rechts zornigen) Mieterschaft - anstatt bloss über deren Köpfe hinweg - zu sprechen.

Mieterinnen- und Mieterverband
Geschäftsleitung MV Basel (Patrizia Bernasconi & Beat Leuthardt)